

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 27 – Wohnen im Alter

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 112.06 / 23.02.06

Wohnen im Alter und Pflege im Alter muss vernetzt werden

Der demographische Wandel unserer Bevölkerungsstruktur ist in vollem Gange. Dieser Wandel war absehbar, und er wird erhebliche Auswirkungen auf die nächste und übernächste Generation haben. Die Bevölkerung in Deutschland schrumpft, und ihre Zusammensetzung verändert sich spürbar. Dass weniger Kinder geboren werden und dass die Menschen immer älter werden führt zwangsläufig dazu, dass weniger Kinder und Jugendliche immer mehr älteren Menschen gegenüber stehen und diese versorgen müssen.

Die letzten „Babyboomer“ durchlaufen jetzt die Erwerbsphase, um dann in den wohlverdienten Ruhestand zu gehen – und dann? Dann beginnt eine neue Lebensphase, die jeder und jede von uns positiv gestalten und genießen möchte.

Wir alle hoffen, noch einige Jahre bei guter Gesundheit zu sein, die materiellen Verhältnisse gut oder zumindest auskömmlich geregelt zu haben, wieder mehr Zeit für Hobbys und soziale Kontakte zu haben und vielleicht den einen oder anderen Lebenstraum endlich verwirklichen zu können. Und ich sage sehr deutlich: Gerade die heute schon ältere Generation hat dieses mehr als verdient.

Unsere Chancen auf einen langen und gesunden, auf einen aktiven Ruhestand stehen dabei gut. Die Lebenserwartung steigt alle zehn Jahr um durchschnittlich 2,5 Jahre und liegt aktuell bei zirka 75 bis 80 Jahren.

1/4

Die allgemeine Gesundheitslage ist, auch im fortgeschrittenen Alter, besser geworden und die medizinische Versorgung schreitet stetig voran. Inzwischen gehen WissenschaftlerInnen davon aus, dass in den kommenden zwanzig Jahren der 100. Geburtstag zur Normalbiographie gehört. „Happy Birthday!“

Nun bleibt nur noch die Frage, wie unsere Gesellschaft diese Herausforderung der demographischen Veränderung meistern kann. Welche Rahmenbedingungen brauchen wir, damit sich das prognostizierte Szenario positiv umsetzen lässt?

Wer sich mit den demographischen Entwicklung beschäftigt, stellt schnell fest, dass es noch eine Reihe ungelöster Probleme gibt - viele Baustellen, an denen wir arbeiten müssen. Die sozialen Sicherungssysteme – Rente, Gesundheit und Pflege – gehören ebenso dazu wie Fragen des Arbeitsmarktes und des ehrenamtlichen Engagements.

Der vom Sozialausschuss beschlossene Antrag von CDU und SPD fordert, dass die Landesregierung einen Bericht zum Thema „Wohnen im Alter“ ausarbeitet. Dabei haben SPD und CDU selbst die Schnittstelle zur Pflege aufgenommen, denn der eingeforderte Bericht soll auch aufzeigen, wie eine Verbindung von Wohnen und Pflege für ältere Menschen realisierbar ist und wie Strategien für das altersgerechte „Wohnen mit Service“ aussehen können.

Meine Fraktion wollte – gemeinsam mit FDP und SSW – dass der Berichtsantrag um weitere Fragestellungen ergänzt wird, damit die beiden zentrale Bereiche - Wohnsituation und Pflegesituation - in einem Bericht zusammenfasst werden. CDU und SPD lehnen dieses ab. Statt dessen stellen sie heute einen weiteren Berichtsantrag zum selben Thema - mit der Überschrift „Selbständiges leben und wohnen bei Pflege und Betreuungsbedarf“. Die Landesregierung soll nun zwei Berichte erstellen, einen zur 12. Tagung und einen zur 15. Tagung!

Welche Verwaltungsvereinfachung – welche Entbürokratisierung!!!!

Aber auch inhaltlich ist es falsch, die Bereiche „Wohnen im Alter“ und „Selbständiges Leben bei Betreuungsbedarf“ derart künstlich voneinander zu trennen. Diese beiden Lebensbereiche gehören zusammen, sie gehen ineinander über, sie brauchen ein abgestimmtes und vernetztes Konzept. Schade, dass wir uns nicht auf einen gemeinsamen Weg verständigen konnten, sind doch inhaltlich alle Parteien dicht beieinander.

Es geht darum, dass zukünftig Wohnen im Alter so organisiert wird, dass Menschen, die in ihrem Haus oder in ihrer Wohnung alt werden wollen, dies auch können. Die meisten Menschen möchten auch im hohen Alter und bei Pflegebedürftigkeit in ihrem vertrauten Umfeld bleiben, in ihrem Stadtviertel, bei Freunden und Familie, in ihren eigenen vier Wänden. Dafür brauchen wir ein abgestimmtes Konzept, welches es ermöglicht, dass Pflegebedarf und Dienstleistungsbedarf Schritt für Schritt „hinzugebucht“ werden kann.

Am Lebensort, ohne Umzug, im vertrauten sozialen Umfeld.

Aktuelle Umfragen wie der Altenpflegemonitor zeigen uns diesen aktuellen Bedarf auf. Kaum einer will freiwillig in eine traditionelle Pflegeeinrichtung, Pflegebedürftigkeit löst Ängste aus. Aber es gibt auch immer mehr Menschen, die sich schon frühzeitig auf eine veränderte Lebenssituation einstellen, indem sie nach neuen Wohn—und Lebenskonzepten suchen, solange sie selbst noch fit sind und dieses mitbestimmen können. Sie suchen einen Weg, um Eigenständigkeit mit einer neuen Lebensgemeinschaft zu kombinieren, um Aktivität und Hilfebedürftigkeit auf einander abzustimmen.

Nehmen wir diese Ansprüche und Wünsche ernst, so müssen wir neue Wohnformen mit vorhandenen Hilfsangeboten vernetzen. Wohngemeinschaften für Demente sind ein gutes Beispiel dafür, wie neue Wohnformen mit einem hohen Pflegeanteil verbunden werden können.

Wir erwarten von den Berichten der Landesregierung, dass sie den aktuellen Bedarf aufzeigt, dass sie Vorschläge machen, wie eine vernetzte Planung von Wohnen und Pflege aussehen kann.

Zuletzt möchte ich noch auf die Übertragung des Heimrechtes auf die Länderebene eingehen, welche CDU und SPD im Rahmen der Föderalismusreform in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart haben. Meine Fraktion hält dieses für völlig falsch. Das Heimrecht sichert, dass wir in allen Bundesländern die gleiche Lebensqualität in Bezug auf Heimpflege haben. Das ist richtig und notwendig. Ein Sozialdumping nach unten darf es hier nicht geben.

Pflege darf nicht danach ausgerichtet sein, ob die Landeskasse leer ist oder nicht – denn die Pflegeversicherung und eigene Ersparnisse reichen oft nicht aus.

Selbst reiche Bundesländer haben bereits eine Qualitätsredzierung in den Pflegeheimen angekündigt: Baden-Württemberg will die Fachkraftquoten von derzeit 50 auf 33 Prozent senken. Bayern will EmpfängerInnen von Sozialhilfe höchstens noch den Anspruch auf ein Doppelzimmer im Heim gewähren.

Wer möchte da noch im klammen Schleswig-Holstein alt werden?

Wer aus fachlicher Sicht über Pflegequalität diskutiert, kommt zu komplett anderen Ergebnissen: Die Pflegeversicherung muss modernisiert werden. Der Grundsatz ambulant vor stationär muss mit Leben erfüllt werden, der ambulanten Bereich muss aufgewertet werden. Der Pflegebedarf für Demente muss neu ausgelotet werden, und die sozialen Aspekte von Pflege müssen angemessen berücksichtigt werden.

Wir müssen Pflegefachkräfte stärken: Durch eine integrierte Pflegeausbildung, durch angemessene Bezahlung, durch Fort- und Weiterbildung und durch Arbeitsbedingungen, die die Pflegekräfte im Berufsleben halten.

Und wir müssen Menschen mit Pflegebedarf stärken: Durch trägerunabhängige Beratung, durch Vergleichsmöglichkeiten zwischen den Angeboten, durch einen Qualitätswettbewerb der Einrichtungen. Insbesondere neue Wohnformen wie Haus- und Wohngemeinschaften können die gewünschte Eigenständigkeit und Selbstbestimmung von alten Menschen sicher stellen.

Lassen Sie uns vernetzt und ganzheitlich Denken und Handeln. Was in der Lebenspraxis nicht von einander zu trennen ist, das sollten wir auch in der Theorie nicht trennen. Lassen Sie uns einen umfassenden Bericht von der Landesregierung einfordern und nicht zwei unterschiedliche Berichte: Das wird diesem umfassenden und wichtigen Thema nicht gerecht!
